Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Gut gezielt, und doch daneben ...

Die freisinnigen Thesen zur Weiterentwicklung unserer Demokratie

Sie würden keineswegs als «Schnellschuss» ins Wahljahr abgefeuert, seien vielmehr das Ergebnis längerer, von anerkannten Staatsrechtlern geleisteter Denkarbeit. Mit dieser persönlichen Empfehlung des Parteipräsidenten Bruno Hunziker wurden in der ersten Augustwoche «Thesen der FDP zur Demokratie» einer sichtlich verblüfften Presse zuhanden der schweizerischen Öffentlichkeit übergeben. Und sie sind als beachtlicher Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Demokratie gewürdigt worden. Man hätte — so der Grundtenor der parteiungebundenen Presse — solch kühnen Aufschwung zu fälligen Reformen den Freisinnigen zuletzt zugetraut.

Man höre und staune: eine Partei, die sich bei der letzten zur Diskussion gestellten Revision des demokratischen Willensbildungsapparates — der Zulassung eines «Doppelten Ja» bei Doppelabstimmungen über eine Volksinitiative und den Gegenentwurf des Parlaments in gleicher Sache — als Gegnerin der Reform bekannte und damit ins Abseits versetzt sah, tritt heute als Spurläuferin einer ganzen Reihe von Weiterentwicklungen der demokratischen Institutionen auf, die — wie die letztmals im Februar 1979 abgelehnte Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre — als mindestens so fragwürdig anzusehen sind wie die am 5. März vom Souverän überraschend deutlich gebilligte Neuerung im Initiativrecht.

Nun, es sind sowohl hinsichtlich der Beteuerung, dass mit den Thesen keine wahltaktischen Nebenabsichten verfolgt würden, als auch in bezug auf eine angebliche Sinneswandlung einer gegenüber Reformen der vorgeschlagenen Art eher zurückhaltenden politischen Partei wohl etliche Zweifel am Platz, beziehungsweise Vorbehalte zu machen: Vor allem scheint die Beteuerung, mit der Ausarbeitung der Thesen nicht primär wahltaktische Absicht verfolgt zu haben, weil eben die Arbeit daran vor zwei Jahren schon in der Stille professoraler Studierstuben aufgenommen worden sei, etwas — der Jargon ist hier für einmal am Platz — «blauäugig».

Wenn solche Absichten nur das zufällige Nebenprodukt einer auf längerfristige Wirkung angelegten Arbeit waren, ist doch die Wahl des Zeitpunktes der Veröffentlichung sicher kein Zufall. Die Partei umgibt sich damit vor dem Start über die Wahlhürden mit einer Aura der «Fortschrittlichkeit», die ihr sonst weniger eignet. Hofft sie damit auf die Wirkung eines (erlaubten) Dopings? — Der Verdacht hat einen Haken. Damit sind wir beim zweiten Vorbehalt: Die Thesen sind, obwohl sie nach der Ankündigung von Parteipräsident Hunziker den Auftakt zu den sogenannten Legislaturzielen 1987/91 bilden sollen, von den zuständigen Parteigremien noch nicht abgesegnet. Sie stellen vorderhand das alleinige Werk eines Ausschusses für Staatspolitik der FDP dar, für den der Vorsitzende, der Zürcher Ständerat

und Staatsrechtslehrer Riccardo Jagmetti, zusammen mit seinem Basler Fakultätskollegen und Ständeratskandidaten von Baselland, René Rhinow, vor der Presse die Verantwortung übernommen hat. Es ist kein Geheimnis, dass deren öffentliche Exponierung, die allerdings von der Rückendeckung durch den ebenfalls einen Ständeratssitz anstrebenden Aargauer Nationalrat und Parteichef Bruno Hunziker profitiert, nicht bei allen Parteifreunden Beifall findet.

Der Trumpf der «Ein-Thema-Parteien»

Wird die Skepsis in Zustimmung umschlagen? Das wäre wohl der Fall, wenn sich der Wahlausgang vom 18. Oktober für die Partei im allgemeinen und für die direkt miteinbezogenen Ständeratskandidaten im besonderen als günstiger herausstellen sollte, als es von den Auguren heute geweissagt wird. Die gleichen Leute, die schon für die Neubestellung von National- und Ständerat vor vier Jahren den grossen Umschwung vorausgesagt hatten und nach vollzogenem Wahlakt am zweitletzten Oktober-Wochenende 1983 enttäuscht feststellen mussten, dass es mit der «Neuen Politik» nicht so weit hergewesen ist, wie es die Prognosen wahrhaben wollten, haben ihre parteifeindlichen Erwartungen neu aufgemöbelt. Sie stützen sich dabei auf da und dort tatsächlich erkämpfte Erfolge neuer Gruppierungen in kantonalen und kommunalen Wahlen der jüngsten Vergangenheit. Sind diese Erfolge zu einem schönen Teil weniger zulasten der «historischen Parteien» als auf die Rechnung von Parteien gegangen, die seit je auf Wähler aus dem Reservoir des «politischen Flugsandes» angewiesen sind? Oder lag es an besonderen lokalen Vorkommnissen, wie sie beispielsweise für die mit der Finanzaffäre belasteten Berner Grossrats- und Regierungsratswahlen vom Frühjahr 1986 kennzeichnend waren? Es sind jedenfalls im Verhältnis des Bürgers zu seiner Partei Veränderungen eingetreten.

Die Parteitreue —, zwar stets nur zu einem kleineren Teil mit einer Parteimitgliedschaft dokumentiert, aber doch in der Lage, eine weitere Anhängerschaft aufgrund von Familientradition und gesellschaftlicher Stellung für den Wahltag zu mobilisieren, ist im Abbröckeln begriffen. Die Schar der «Wechselwähler» hat deutlich zugenommen, und zwar rekrutieren sich diese zunehmend aus jüngern Wählern und — namentlich auch dies — Frauen, die in ihrer grossen Mehrheit noch nicht richtig in die Parteien integriert worden sind. All diesen neuen Wählerschichten bietet sich heute eine Vielfalt von Kandidaten aus kleinen und kleinsten Interessengruppen an, die mit eigenen Listen die Szene beleben. Sie spielen für sich den Trumpf leicht eingängiger politischer Ziele aus, die in einer Phase allgemeiner Verunsicherung wegen der Bedrohung der Umwelt nicht weit hergeholt werden müssen. Das «Katastrophenjahr» 1987 war für eine Politik der «Ein-Thema-Parteien» die ideale Wahlplattform. Solch eingängigen Etikettierungen gegenüber haben es jene Parteien weniger leicht, die von einer gesamtheitlichen Problemschau aus die Aufgaben angehen, und die — wie es das Anliegen des weltanschaulich im Liberalismus verankerten Freisinns ist — bei aller Beteuerung, dass Handfestes zu geschehen habe, die finanzielle Belastung von Staat und Wirtschaft im

Auge behalten sowie die Selbstverantwortung in ihrem Wahlprogramm betonen und Extremlösungen eine klare Absage erteilen.

Der Leistungsstaat ist kein «Nachtwächter»

Von dieser Standortbeurteilung zurück zu den Thesen des Professorenkollegiums, das die derzeitigen Entwicklungen von höherer Warte aus anzugehen strebt. Eben auf die Weise, dass Fehlleistungen, wie sie unter anderem in einer zunehmenden Stimmabstinenz des Bürgers als alarmierend empfunden werden, durch Anpassung der einschlägigen Institutionen korrigiert werden sollen.

In einer längeren Begründung der schliesslich herausgearbeiteten 19 Grundsätze für die nächste Parteiarbeit wird auf die gesellschaftlichen Änderungsprozesse, den Wandel der Wertvorstellungen und die Überfülle von dem Staat zur Lösung übertragenen Aufgaben hingewiesen, die von den traditionellen demokratischen Einrichtungen nicht mehr ohne weiteres bewältigt werden. Unter anderem wird hervorgehoben, dass eine Grundlage der auf dem direkten Mitspracherecht des Bürgers basierenden Demokratie — die Anerkennung des Mehrheitsentscheids — nicht mehr unangefochten ist. Gewisse politische Gegenstände hätten eben die «Unzumutbarkeitsschwelle» erreicht, meinen die Professoren verständnisvoll; sie nehmen das in letzter Zeit vielgehörte Stichwort von einer «Demokratie der Betroffenen» als Argument für eine fällige Anpassung in den Aktionskatalog auf. Ein anderes Alarmzeichen wird in den «Bürgeraktionen» aller Art erkannt; deren Zunahme — parallel zur gegenläufigen Stimmbeteiligung — wäre ein weiteres Anzeichen dafür, dass die traditionellen Volksrechte nicht mehr zum Lenkungsstaat moderner Prägung passen. Müsste deshalb die Einflussnahme der aktiven Volksteile auf den politischen Entscheidungsprozess nicht dem modernen Gemeinwesen entsprechend neu gestaltet werden?

Die Frage ist nicht neu und ist hier schon in früheren Beiträgen aufgeworfen worden. Insbesondere ist an einen im Zusammenhang mit der ungebärdigen Jurapolitik und der unerbittlichen Opposition gegen den Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst wiedergegebenen Ausspruch von Daniel Wiener, Mitbegründer der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst», zu erinnern: «Dieser Staat lässt uns keine Wahl. Er zwingt uns in die Illegalität, in die direkte Aktion, denn wir haben nicht genügend legale Methoden, um anders die Mehrheit zu gewinnen oder gesamtschweizerisch einen Kampf erfolgreich zu bestehen» («Strapazierte Volksherrschaft» in Schweizer Monatshefte, August 1980). Auch die Bereitschaft, den festgestellten Schwierigkeiten durch Lockerung der Institutionen nachzugeben, ist nicht ganz neu, ist sie doch — zwar nur ganz am Rand materieller Reformen — mit den seinerzeitigen Erörterungen über die Totalrevision ins Gespräch gebracht worden. Allerdings, ohne breiteres Echo zu finden.

Die wichtigsten Programmpunkte

Das soll nun gezielt nachgeholt werden: Mit einem ersten wichtigen Postulat wird, wie schon angedeutet, an die Herabsetzung des Stimmrechts- und Mündigkeitsalters auf 18 Jahre gedacht. Der zweite bedeutsame Pro-

grammpunkt soll dem Bedürfnis nach vermehrter Mitwirkung der «Betroffenen» schon im Stadium der Vorbereitung der politischen Entscheidung (in Vernehmlassungen, Einwendungen, bei der «offenen Planung») und nicht erst im nachträglichen Rechtsschutzverfahren Rechnung tragen. Ein Anliegen, das in seinen Konsequenzen auch eine effektivere Mitwirkung des Parlaments bei der Ausarbeitung einer Vorlage und damit die vielbeschworene Stärkung des Parlaments fördern soll. Fast sibyllinisch wird im gleichen Kontext bemerkt, dass Abstimmungen, die lediglich zu einer «allgemeinen Meinungsäusserung des Stimmbürgers ohne rechtliche Konsequenzen» führten, die Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen verwischen würden, so dass zur Abklärung der Akzeptanz (ein hässliches Modewort mehr!) einer künftigen Regelung das heute schon strapazierte Mittel der repräsentativen Meinungsumfrage vermehrt eingesetzt werden sollte. Diesen Abschnitt der Voraussetzungen für ein besseres Funktionieren der demokratischen Rechte gewissermassen zusammenfassend, wird im Geiste der Hochhaltung eines Restes von «Politischer Kultur» an die Respektierung der Spielregeln (Toleranz, Fairness, Verhältnismässigkeit der Mittel in der politischen Auseinandersetzung) appelliert.

Gewinnend wirkt im nächsten Abschnitt, der von der näheren Ausgestaltung der Volksrechte handelt, dass alle Entscheidungen von wesentlicher politischer Tragweite (aber nur sie) dem Souverän unterbreitet werden sollen, was also zur immer wieder geforderten «Verwesentlichung» unserer Demokratie führen und zugleich der Überforderung des Bürgers Rechnung trüge, die man als Ursache der Stimmabstinenz erkennt. Im Zuge dieser Verwesentlichung ist nun aber eben auch von einer Erweiterung der Referendungsmöglichkeiten die Rede, die dadurch zustande käme, dass bisher in generell-abstrakten Normen zwar enthaltene, indessen zu wenig sichtbare Einzelakte aus dem Geflecht staatlicher Regelungen herausgelöst und dem Souverän gesondert zum Entscheid vorgelegt würden. Es ist von einer Auflockerung der heutigen scharfen Abgrenzung zwischen Gesetz und Verordnung die Rede. Weiter wird die Einführung der länger schon diskutierten Einheitsinitiative neben der weiterhin als wichtiges «Ventil für die Artikulation von Minderheitsmeinungen» beibehaltenen Volksinitiative in das Arsenal der Willensbildungsinstrumentarien aufgenommen. Mit der Einheitsinitiative sollen gewissermassen zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen werden, weil diese (nur) als allgemeine Anregung zugelassenen Anliegen nach ihrer Bedeutung vom Parlament in eigener Kompetenz zur Weiterverfolgung der Verfassungs- oder Gesetzesstufe zugewiesen werden. Dadurch wäre die Verfassung vor weiterer Abwertung bewahrt und die juristisch einwandfreie Formulierung der neuen Artikel besser gewährleistet. Andere Erleichterungen im gleichen Stil betreffen die Einführung eines «Verwaltungsreferendums», das dem Bürger den Entscheid auch über «besonders wichtige Verwaltungsakte» ermöglichen würde, sowie die Aufwertung des bis heute nie benutzten Kantonsreferendums, das inskünftig schon drei (statt bisher acht) zum gleichen Tun vereinigten Ständen zustehen soll.

Noch eine letzte, wiederum bedeutsamere Änderung: die Unterteilung

grösserer Kantone in mehrere, übersichtlichere Wahlkreise. Aus der gerade im jüngsten Wahlrummel wieder sichtbar gewordenen Verwirrung, die vor allem in den grossen Kantonen mit zwei Dutzend und mehr neu zu besetzenden Parlamentssitzen zu einem eigentlichen «Blinde-Kuh-Spiel» des Wählers mit lauter Unbekannten auswuchs, würden die Lehren gezogen, indem die Auseinandersetzung mit den Qualitäten der sich zur Wahl stellenden Kandidaten in die Sichtweite der persönlichen Begegnung gerückt werden könnte.

Ansätze ohne Zusammenschau

Der Überblick, auch wenn er nicht vollständig ist, dürfte dargetan haben, dass die politisch engagierten Staatsrechtslehrer sehr unterschiedlich zu gewichtende Postulate zusammengestellt haben. Es findet sich darunter schon länger für wünschenswert Erachtetes neben manch anderem, das beim Versuch seiner Realisierung nicht nur angefochten, sondern geradezu als Fremdkörper im System empfunden würde. Als Beispiel für die erste Sorte von lang gehegten, aber immer wieder aufs Eis gelegten Wünschen diene die zuletzt erwähnte Wahlkreisaufteilung. Sie hat, wenn diese persönliche Erinnerung hier eingeschaltet werden darf, schon die Gruppe junger Reformer beschäftigt, die in den vierziger Jahren verfehlte Institutionen durch bessere ersetzen wollten. Mit jugendlichem Enthusiasmus hat seinerzeit der Chronist das Postulat einer Beschränkung der Wahlkreise auf höchstens fünf zu vergebende Mandate mitunterschrieben. Warum es nie realisiert worden ist? So wünschenswert das Näherrükken von Wählern und zu Wählenden zwecks Erleichterung der Urteilsbildung erscheint, so offenbar ist die Scheu, in kantonale Eigengesetzlichkeiten einzugreifen.

Und noch ein Gegenbeispiel aus dem Schatz früherer Bestrebungen, die Eidgenossenschaft zu reformieren: Selbstverständlich ist damals ebenfalls schon die Frage des Wahlalters erörtert worden. Aber anders als heute, da im Zeichen einer ängstlich beflissenen «Jugendpflege» die angeblich frühere Reife als Argument für einen früheren Eintritt in die Bürgerrechte angeführt wird, meinten die damaligen Jungen, dass der verbreiteten Interesselosigkeit nicht mit billigem Nachgeben, sondern mit Zurückhaltung am besten beizukommen sei. In diesem Sinn wollte man die politische Mündigkeit nicht nur wie die zivile Mündigkeit mit der einfachen Vollendung des 20. Altersjahres verknüpft wissen, sondern die Bürgerrechte nur dem gewähren, der darum ausdrücklich nachgesucht hat. Das war natürlich schon in den Ansätzen Utopie, aber mit der sehr realistischen späteren Beobachtung, dass alle Stimmrechtserleichterungen, wie sie im Lauf der Jahre zur Belebung der Demokratie zugestanden worden sind, ins Leere gingen, ist an der richtigen Erkenntnis kein Abstrich zu machen: Was zu billig ist, gilt nichts — letztlich ist mit den diversen Konzessionen dem Urnengang nur immer mehr von seiner inneren Würde genommen worden!

Als nächstes Stichwort sei der Komplex einer «Demokratie der Betroffenen» aufgegriffen: Es ist tatsächlich so, dass mit den sich immer fragwürdiger auswirkenden Eingriffen einer brutalen Technik in die verletzliche Umwelt die Bereitschaft zur Duldung öffentlicher Werke, welche die Allgemeinheit zur Sicherung ihrer Existenz als notwendig

erachtet, immer geringer wird. So verständlich die Opposition der von den Eingriffen direkt Betroffenen auch ist, die sich auch mit gut bemessenen Entschädigungen für die Beeinträchtigung nicht länger zufrieden geben, so notwendig ist die Feststellung, dass ein Staat, der über alle traditionell geübte Rücksicht auf Minderheitsinteressen hinaus einer kleinen Gruppe von Betroffenen erlauben würde, das Gesetz des Handelns zu diktieren, bald einmal abdanken könnte. Der unvergessene Willi Ritschard hat dafür vor den versammelten Delegierten des Schweizerischen Gemeindeverbandes im Hinblick auf die autonomen Entscheidungsansprüche von Gemeinden und Regionen einst diese Worte gefunden: «Wo die eidgenössische Solidarität auf den Genuss der Vorteile beschränkt wird und so das Diktat von Minderheiten den Egoismus zum Staat macht, wo die Bereitschaft aufhört, etwas zu dulden, was andern Vorteile verschafft, hört die Demokratie auf!» Blamabelstes Beispiel für diese um sich greifende Mentalität ist das Trauerspiel rund um die Atommüllbeseitigung: Wenn hier der «Schwarze Peter» von einer Gemeinde zur andern im Kreis herumgereicht wird, ist das nicht mehr Ausdruck von Betroffenheit, sondern schlicht Sabotage an der Demokratie. Dagegen hilft auch Manipulation an den Instrumentarien nicht.

Bleibt ein letztes Wort zur Reformiererei zu sagen, das — weil auf das Zusammenspiel des demokratischen Apparates gerichtet — grundsätzlicher gemeint ist. Dazu zwei Passagen aus unserm schon erwähnten Beitrag vom August 1980:

Als erste eine kritische Äusserung des Berner Staatsrechtlers Hans Huber vom Januar 1976, die nichts weniger besagt, als dass schon bei früheren Ausbauten der Bundesinstitutionen zu wenig auf das Zusammenspiel der Gewalten Bedacht genommen wurde. Die später in die ursprüngliche Verfassung eingefügten Volksrechte, insbesondere das heute überbordende Initiativrecht, seien dem Behördensystem gewissermassen als «Konkurrenzunternehmen» gegenübergestellt statt integriert worden. Statt spätestens mit der Einführung des Parlamentproporzes das Zusammenspiel wieder zu suchen, wurden durch die zunehmende Manipulation mit Volksinitiativen und Referenden Regierung und Parlament von wichtigeren und drängenderen Aufgaben je länger je mehr abgelenkt.

Noch handfester der zweite Ausspruch eines ebenso berühmten Vorgängers von Huber: Carl Hilty hat schon bei der Einführung der Volksinitiative 1891, den heutigen Leerlauf vorausahnend, mit klaren Worten festgestellt, dass dieses Instrument nicht nur einen Teil der Rechtsetzung, sondern im Grunde die Staatsleitung den verantwortlichen Bundesbehörden entziehe und in die Hand beliebiger Initianten und Gruppen gebe, zu deren gehorsamer Dienerin die Regierung gemacht werde. Mit diesem Schritt überschreite unser Staat die schmale Schwelle, «welche die Demokratie von der Demagogie trennt».

Was immer von diesen Diagnosen sich bewahrheitet hat — es steht fest, dass alle Möglichkeiten unserer «Partizipationsdemokratie» deren Abstieg zur «Verweigerungsdemokratie» nicht aufzuhalten vermöchten. Ob das an den zu geringen oder umgekehrt den zu vielfältigen Mitsprachegelegenheiten liegt, möge der einzelne Bürger entscheiden.

Arnold Fisch

Berlin und die deutsche Identität

Nation hat in Deutschland wieder Konjunktur, aber eine recht diffuse und deshalb nicht ungefährliche. Betroffen ist davon ganz besonders Berlin. Die mit seiner 750-Jahr-Feier vornehmlich diskutierten politischen Aspekte zeigen das: Der Start zur 750-Jahr-Feier stand unter misslichen Vorzeichen, weil er mit solch diffusen nationalen Aspekten verknüpft worden war. Um so wichtiger ist es, Berlins nationale Aufgabe zu klären. Was haben wir mit der Nation überhaupt heute und in nächster Zukunft im Sinn?

Unklarheiten

Ist schon Ende der siebziger Jahre und anhaltend in den achtzigern von linken und rechten Intellektuellen der Ruf nach einer neuen deutschen Identität lautgeworden, der darauf abzielte, die Westbindung der Bundesrepublik in Frage zu stellen, wurden im Zuge der Friedensbewegung mannigfache Neutralisierungspläne für Deutschland propagiert, die den alten Gedanken an einen deutschen Sonderweg wiederbelebten. So wird das Stichwort «Mitteleuropa» in die Diskussion geworfen, um der Bundesrepublik zusammen mit der DDR und einigen ost- und südosteuropäischen Nachbarstaaten eine kulturelle und politische Sonderstellung in Europa zusprechen zu können, die das nationale Gewicht Deutschlands in Abgrenzung gegenüber den Supermächten, aber auch gegenüber Westeuropa stärken soll. Mit der Modernisierungspolitik des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow wird die Hoffnung verbunden, sie werde Mitteleuropa einen grösseren Gestaltungsspielraum konzedieren. Zugleich wurde die Erwartung geäussert, Gorbatschow könne demnächst mit neuartigen deutschlandpolitischen Vorschlägen, ja geradezu mit Wiedervereinigungsangeboten hervortreten, auf die wir uns vorbereiten müssten.

Bei den meisten nationalpolitischen Vorstellungen handelt es sich um tastende, nebelhafte Versuche, den Status quo der Aufteilung Deutschlands auf die beiden grossen Machtblöcke zu problematisieren, eventuell zu überwinden und «Dynamik» in die deutsche Politik zu bringen.

Selbst die Bundesregierung erlahmt zusehends in ihren sonst verbal so stark beschworenen westeuropäischen Aktivitäten und richtet ihr Augenmerk mit seltsamer Überbetonung auf die deutsch-deutschen Beziehungen, auf eine erhoffte gute Nachbarschaft zwischen den beiden Staaten der deutschen Nation. In der Atlantischen Gemeinschaft dagegen sah sie sich unversehens mangels solider Abstimmung und eigener klarer Konzeptionen in der Frage der nuklearen Abrüstung besorgniserregend isoliert. Sind unsere Beziehungen zum Westen brüchiger als gedacht? Steht uns die «nationale Identität» doch näher, greift die erneute Suche nach ihr tiefer als jene Westbindung, die in der Nachkriegszeit zu unserer tragenden politischen Option geworden war?

Diese Tendenzen und mit ihnen verbundene Irritationen haben sich in Berlin deutlicher artikuliert. Der Wettlauf bundesdeutscher Politiker, auch der Ministerpräsidenten der Bundesländer, nach Ost-Berlin zum SED-Chef

und DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, die Anknüpfung von immer mehr Städtepartnerschaften zwischen bundesdeutschen und DDR-Kommunen, die Bereitschaft vieler westlicher Bürgermeister, an der 750-Jahr-Feier Ost-Berlins teilzunehmen, hat dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen die Furcht eingeflösst, West-Berlin könnte in den Windschatten dieser von Euphorien bestimmten deutsch-deutschen Entwicklung, solcher signifikanten Ausdrucksformen neuer gesamtdeutscher Identifikationssehnsüchte geraten. Er liess frühzeitig sein Interesse erkennen, an dem (statuswidrigen) Staatsakt der DDR in Ost-Berlin im Oktober dieses Jahres teilzunehmen, obwohl nach allen Ankündigungen der DDR-Führung, insbesondere seit der Veröffentlichung der «Thesen» zur östlichen 750-Jahr-Feier (im Dezember 1985) deutlich ist, dass demonstrativ der Anspruch Ost-Berlins unterstrichen werden soll, die Hauptstadt des sozialistischen Deutschland zu sein und als solche die «wahre» deutsche Tradition, die «fortschrittliche» deutsche Zukunft zu repräsentieren.

Bekanntlich erhielt Diepgen eine entsprechende Einladung, die mit einer Gegeneinladung an Honecker zur Eröffnungsfeier des Jubiläums in West-Berlin beantwortet wurde. Beide Einladungen haben sich zerschlagen, diejenige für Diepgen mit Hinweis auf die bei der West-Berliner Veranstaltung gehaltenen Ansprachen. In den keineswegs kaltkriegerischen Reden wurde das notwendigste Minimum über deutsche und Berliner Realitäten gesagt: über die Mauer und den an ihr praktizierten Schiessbefehl, die beide niemals hinnehmbar seien.

Dass sich West-Berlins Regierender Bürgermeister im Jahre 1987 solche Blessuren holen konnte, liegt daran, dass auch er von der besagten deutschnationalen Welle erfasst ist. Dieser Umstand hat ihn mit seinem Kultursenator Volker Hassemer bewogen, bereits im Vorfeld die 750-Jahr-Feier West-Berlins, soweit dabei eben politische Akzente zu setzen waren, auf weitgehende Gemeinsamkeit mit Ost-Berlin anzulegen. Ihn leitete die Hoffnung, bei der DDR-Führung entsprechendes Entgegenkommen zu erreichen. Sie hat getrogen: Weder hat die DDR sich in den zurückliegenden Jahren auf irgendeine gemeinsame Planung eingelassen, noch je daran gedacht, ihre mit der 750-Jahr-Feier demonstrierten partikularnationalen Ambitionen — über den sozialistischen deutschen Staat die sozialistische deutsche Nation heranzubilden — im geringsten einschränken zu lassen.

Auch hat die verfehlte und fehlgeschlagene Sonderpolitik des Regierenden Bürgermeisters Unsicherheit, ja schwere Besorgnis bei den westlichen Alliierten, den die Sicherheit der Freiheit West-Berlins garantierenden Schutzmächten, jedoch nicht minder in breiten Kreisen der Berliner Bevölkerung hervorgerufen. Das darob zeitweilig betrüblich schlechte Verhältnis zwischen den alliierten Repräsentanten und der politischen Spitze in der Stadt wurde dadurch verschärft, dass Diepgen erkennen liess, er suche die Schuld für das Scheitern seiner Besuchsinteressen nicht zuletzt auf alliierter Seite.

Von der SPD-Opposition wurde ihm gar noch vorgeworfen, er habe auf die Schutzmächte zu viel Rücksicht genommen. Der ehemalige Bundessenator und jetzige Bundestagsabgeordnete Gerhard Heimann,

deutschlandpolitischer Sprecher seiner Partei, nennt die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR «rasant» und beklagt, dass der erste Anlauf eines «hoffnungsvollen» Versuchs, «die Politik der guten Nachbarschaft zwischen den beiden deutschen Staaten auf die beiden Teile Berlins zu übertragen», gescheitert sei. Worin die gute Nachbarschaft angesichts wiederholter brüsker Verhaltensweisen der DDR-Führung besteht, bleibt im Ungewissen.

Heimann formulierte als «Lehre» aus den aufgetretenen Schwierigkeiten, dass West-Berlin sich nicht ängstlich an die drei Mächte klammern und nicht im Status quo verharren solle, «während ringsumher alles zum Besseren in Bewegung gerät». Darin berührt er sich mit einem Teil der Alternativen Liste, die in zwanzig Thesen die Emanzipation West-Berlins vom Besatzungsstatut gefordert hat, um als selbständige Stadt mit souveräner Innen- und Aussenpolitik freizuwerden für seine «eigene Identität». Eine andere Gruppe der Alternativen will den alliierten Schutz für West-Berlin ersetzen durch seine vorbehaltlose Einbindung als Bundesland in die Bundesrepublik. Diese Idee wird wiederum von einem Teil der Berliner Sozialdemokraten unterstützt.

Wie auch immer derartige Überlegungen begründet sind, es geht durchweg um den Gewinn nationaler Identität im Sinne möglichst vollständiger deutscher (deutsch-deutscher) Souveränität und Unabhängigkeit. Diese Bestrebungen sind von der Grundmotivation getragen, dass die Deutschen, auch die Berliner, sich von anderen nicht mehr entscheidend in ihre ureigenen Belange hineinreden lassen sollen. Deutschland, die Nation, die beiden deutschen Staaten, Berlin mit seinen beiden Stadthälften werden tendenziell abgesondert. Die Folge ist, dass damit die westdeutsche Seite in zunehmende Abhängigkeit von der DDR-Politik gerät, von ihren Interessen, Bedingtheiten und Launen, die nach wie vor stark durch die Sowjetunion mitbestimmt werden.

Es gibt keine demokratische Alternative

Autark kann die Bundesrepublik nicht existieren. Sie gewinnt ihren Bestand und ihre Entwicklungsperspektiven nur bei fester Integration in den Westen. Als Alternative gibt es lediglich die Anlehnung an den Osten, was auf längere Sicht die Preisgabe des inneren demokratischen Gefüges der Bundesrepublik bedeuten müsste. Das Gesagte gilt noch schärfer für West-Berlin. Jeder Gedanke an seine Autarkie ist mit Blick auf die prekäre Inselage absurd. West-Berlin erhält die Sicherheit seiner Freiheit erstens durch die Garantie der westlichen Schutzmächte, zweitens durch seine Bindungen an die Bundesrepublik. Alles andere liefe auf seine Aufsaugung durch das «Umland», die DDR, hinaus. Die DDR hat ihren Anspruch auf West-Berlin niemals aufgegeben, vielmehr noch mit ihren Thesen zur 750-Jahr-Feier ausdrücklich bekräftigt.

«Versöhnung» mit dem Umland bedeutete nach Lage der Dinge nichts anderes als das Einvernehmen des Lammes mit dem Wolf. Im Verhältnis zwischen West-Berlin und Ost-Berlin wie zwischen der Bundesrepublik und der DDR gibt es nur — dies sehr wohl! — die Möglichkeit begrenzter Abmachungen auf Gebieten partieller Inter-

essenidentität, die die entgegengesetzten langfristigen Zielsetzungen beider Seiten nicht unmittelbar berühren.

Kein Raum zwischen Ost und West

Wäre hingegen die staatlich geeinte Nation nicht doch jener machtpolitische Faktor, der sich zwischen West und Ost stellen und das Entweder-Oder von souveränitätsaufhebender Westintegration und freiheitsvernichtender Ostabhängigkeit auflösen würde?

Der Gedanke an ein neutrales, gänzlich unabhängiges und so im Sinne der aktuellen Diskussionstendenzen mit sich erst «identisches» Deutschland ist deshalb unrealistisch, weil die derart geeinte Nation vor der Frage stünde, ob sie freiheitlich-demokratisch oder kommunistisch verfasst sein will. Es gibt in der Mitte Europas keinen dritten Weg. Diese Entscheidungssituation übersehen oder übergehen die meisten Neutralitätsträume. Zwar müsste das wiedervereinigte Deutschland nicht in allen Einzelheiten die Struktur der Bundesrepublik oder der DDR an sich tragen, doch könnte es grundsätzlich nur ein demokratischer oder ein kommunistischer Staat sein. Weder können wir wesentliche Elemente unserer Demokratie wie freie Wahlen, die parlamentarische Verantwortung von Regierung und Verwaltung, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, das Mehrparteiensystem, die Sicherung der individuellen Grundrechte, öffentliche Kritik, Kontrolle und Mitbestimmung der Politik usw. aufgeben wollen, noch werden die kommunistischen Machthaber um eines deutschen Gesamtstaates willen bereit sein, auf ihr Herrschaftsprinzip der Führung durch die Sozialistische Einheitspartei zu verzichten.

In dieser Konstellation ist die Wiedervereinigung tatsächlich kaum aktuell. Das heisst nicht, dass sie als Ziel unserer Politik preiszugeben wäre und dass es nicht auch heute gälte, auf sie in richtig verstandenem Sinne hinzuarbeiten. Der Weg zum Ziel erfordert jedoch langen Atem und viel Geduld. Soll die Wiedervereinigung in Freiheit und in Frieden realisiert werden — anders ist sie nicht vertretbar —, dann setzt das die Auflösung, zumindest eine drastische Entschärfung des Ost-West-Gegensatzes in Europa voraus, eine Entwicklung also, die über alle bisherige Entspannungspolitik weit hinausgriffe. Eine solche Entwicklung langfristig zu betreiben, ist aber Aufgabe der Europapolitik. Unsere Deutschlandpolitik sieht sich in der Grundorientierung auf diesen Umweg verwiesen. Das wurde in der Anfangsphase der Bundesrepublik klar erkannt, insbesondere von Konrad Adenauer und Ernst Reuter. Es bleibt auch heute richtig, wenngleich sich einige neue Aspekte in der Sicht und Zuordnung der Probleme ergeben.

Drei Gebote

Unsere Verfassung weist dieser Politik die verbindliche Richtung. Sie zeigt damit auch den Weg für unsere Suche nach der nationalen Identität. Was sind dafür ihre massgeblichen Bestimmungen? Im Artikel 20 des Grundgesetzes — durch Artikel 79,3 für unrevidierbar erklärt — wird die Bundesrepublik als demokratischer und sozialer Bundesstaat, der auf der Volkssouveränität basiert und gewaltenteilig organisiert ist, bezeichnet; Artikel 28 spricht vom republikanischen, demokratischen und

sozialen Rechtsstaat. Dieser Staat kann gemäss Artikel 24 durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen und sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; der Bund «wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern» (Artikel 24, 2). Zugleich hält die Präambel der Verfassung fest, dass das deutsche Volk «von dem Willen beseelt» sei, «seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen»; sie schliesst mit dem Satz: «Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.»

Aus diesen fundamentalen Feststellungen sind drei strikt zusammengehörige Staatszielbestimmungen zu entnehmen: Die Bundesrepublik und alle Politik in ihr ist darauf verpflichtet, 1. ihre Ordnung als die einer rechtsstaatlichen, sozialen, föderativen, gewaltenteiligen, bindende Grundrechte sichernden Demokratie für die Zukunft zu wahren und entsprechend auszugestalten, 2. auf Teile ihrer Souveränität zugunsten eines vereinten Europa und einer europäischen Friedensordnung gegebenenfalls zu verzichten, d.h. aber auch: sich für entsprechende supranationale Zusammenschlüsse einzusetzen, 3. die nationale und staatliche Einheit des ganzen deutschen Volkes auf dem Wege der freien Selbstbestimmung, in diesem Sinne die Wiedervereinigung anzustreben, wobei Einheit und Freiheit streng aneinander gebunden sind.

Aus dem gesamten Kontext des Grundgesetzes wird deutlich, dass der wieder geeinte deutsche Gesamtstaat nach dem Willen der Verfassung zwingend die Grundform der freiheitlichen Demokratie auf der Basis der Volkssouveränität haben muss. Zugleich setzt die Bundesrepublik konstitutive Akte eines Souveränitätsverzichtes zugunsten der europäischen Integration. An solchen Souveränitätsverzicht und an Integrationsbildung bleibt auch ein künftiger gesamtdeutscher Nationalstaat gebunden; die nationale Identität der Deutschen ist nicht nur mit ihnen vereinbar, sondern ausdrücklich daraufhin angelegt. Dem Vorlauf an supranationalen Integrationsschritten entspricht umgekehrt der Wiedervereinigungsvorbehalt: Supranationale Integrationsformen (konkret heute die EG) müssen die Wiedervereinigung Deutschlands offenhalten.

Dem Grundgesetz zufolge besteht also ein klares Wiedervereinigungsgebot, das das Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen bekräftigt und als Gebot der staatlichen Einigung präzisiert hat. Es ist jedoch ebenso eindeutig mit dem Demokratiegebot und dem Integrationsgebot verknüpft, ja es ist diesen anderen Geboten ein- und untergeordnet: Die Wiedervereinigung muss erstrebt werden, aber nur in freiheitlicher und demokratischer Gestalt und als ein für die europäische Integration disponiertes Gebilde.

Aufgrund dieser Prämissen ist es der Politik der Bundesrepublik weder erlaubt, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden, noch ist es möglich, die Lösung der deutschen Frage übers Knie zu brechen, sei es dass man einer Wiedervereinigung unter nichtdemokratischen Verhältnissen zustimmte, sei es dass sie mit unfriedlichen Mitteln

oder auf nationalistischen deutschen Sonderwegen ohne massgebliche Berücksichtigung der europäischen Interessen und Rahmenbedingungen betrieben würde. Die Einheit in Freiheit ist nur im europäischen Rahmen möglich und vertretbar.

Die Bundesrepublik sollte sich daher energischer, als sie es seit den siebziger Jahren bis heute tut, zuerst für die Festigung der Europäischen Gemeinschaft verwenden, der der andere deutsche Staat, die DDR, ökonomisch ja bereits faktisch assoziiert ist. Dazu braucht die Gemeinschaft über ihre bisherige Vertragsbasis hinaus ein festes Verfassungsfundament. Deshalb sollte der vom Europäischen Parlament schon im Februar 1984 verabschiedete Verfassungsentwurf von der Bundesregierung, vom Bundestag und vom Bundesrat aktiv unterstützt werden. Der Abschluss der Einheitlichen Europäischen Akte bietet keinen zureichenden Ersatz für die europäische Verfassung.

Demokratie und Nation dürfen in Deutschland nicht mehr wie einst getrennt werden. Der europäische Rahmen ist die konstitutive Bedingung dafür, dass das dauerhaft gelingt. So verbinden sich integral das demokratische, das gesamtdeutsche und das europäische Engagement in einer grundgesetzkonformen Politik.

Die deutsch-deutsche Politik bleibt eine Politik der sehr kleinen Schritte. Sie kann weder isoliert betrieben noch zum Angelpunkt einer auf signifikante Erfolge zielenden Aussenpolitik gemacht werden. Nicht in ihrem engeren Bereich ist die eigentliche Dynamik unserer Politik zu suchen, sondern auf dem Felde der europäischen Integration, in die jedoch unsere «nationale Frage» stets einzubeziehen ist.

Die Rolle Berlins

In diesem Kontext ist Berlins Rolle zentral, sie ist allerdings ebenfalls nicht isoliert und nicht eigenmächtig wahrzunehmen. Berlin kann und muss der Garant dafür sein, dass die nationale Frage nicht untergeht, dass ihre Lösung aber im Kontext der Freiheit und der europäischen Integration gesucht wird. Was befähigt Berlin zu solcher Rolle? Seine geschichtliche Stellung, seine besondere Lage und eine angemessene Politik.

Berlin war das Machtzentrum jenes verspäteten deutschen Nationalstaates, der in der Hybris der nationalsozialistischen Diktatur sein Ende gefunden hat. Berlin war aber seit der Aufklärung, der preussischen Reformzeit, des Vormärz, im Jahre 1848, in der Novemberrevolution von 1918 und während der Weimarer Republik immer wieder auch die herausragende — allerdings labile, stets gefährdete — Stätte freien, offenen Geistes in Deutschland; es war in der Zeit der nationalsozialistischen Düsternis zudem das Zentrum des achtunggebietenden, wenngleich zu schwachen deutschen Widerstandes.

Für die Fehlentwicklungen der deutschen Nationalgeschichte hatte Berlin seit 1945 als geteilte Stadt besonders zu büssen. Doch nirgendwo wurde und wird so deutlich wie in Berlin, worum es in der Nachkriegsgeschichte ging und auch in Zukunft geht: In Berlin wurden durch die sozialdemokratische Ablehnung der Zwangsvereinigung mit der KPD und durch die allgemeine Bestätigung dieser Grundentscheidung bei den einzigen freien gesamtstädtischen Wahlen im Jahre 1946, die der SPD grossen Erfolg und der neugegründeten SED eine schwere Niederlage eintrugen, die bestimmenden Wei-

chen gestellt, die den Weg in eine demokratische Entwicklung wiesen, allerdings wegen der sowjetischen Massnahmen nur im westlichen Teil des Landes und der Stadt. Mit der Haltung seiner Bevölkerung während der sowjetischen Blockade 1948/49 hat West-Berlin die endgültige Voraussetzung für die Orientierung der frei bestimmbaren deutschen Politik — also in der dann gegründeten Bundesrepublik — zum demokratischen Westen hin geschaffen. Seit der Blockade sind die West-Berliner zu den «Alliierten der Alliierten» (Thilo Koch) geworden. Am 17. Juni 1953 haben die Ost-Berliner Arbeiter mit ihrem Aufstand bekundet, dass sie gleichfalls ein Leben in Freiheit — und in prinzipieller Einheit mit der westdeutschen Entwicklung — wünschen; der Aufstand brach unter den Geschossen der sowjetischen Panzer zusammen.

Seit diesen Geschehnissen und aufgrund der immer schärfer hervorgehobenen, schliesslich 1961 zementierten politischen Insellage hat West-Berlin erkennbar werden lassen, dass die Sicherheit seiner Freiheit wie der deutschen Demokratie nur bei enger Bindung an den Westen gewährleistet ist: 1. Seine Sicherheit hängt von der Garantie und Präsenz der westalliierten Schutzmächte ab. Gehört West-Berlin auch nicht formell zur NATO, so ist doch das Atlantische Bündnis die unverzichtbare Stütze seiner Existenzmöglichkeit, solange die Ost-West-Konstellation in Europa so besteht, wie sie sich gerade auch aufgrund der Berliner Ereignisse entwickelt hat. 2. West-Berlins politische und wirtschaftliche Lebens- und Entwicklungsfähigkeit gründet auf seinen engen Bindungen an die Bundesrepublik, verlässlich jedoch nur, weil die Bundesrepublik ihrerseits dem Westen verbunden, dem Atlantischen Bündnis eingegliedert und in die Europäische Gemeinschaft integriert ist. West-Berlin ist zwar kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik, wohl aber der EG unmittelbar inkorporiert. 3. Berlins kulturelle Attraktivität besteht darin, dass es eine freie Metropole im Zentrum Europas ist und alle Formen, Probleme und Perspektiven der Kunst, der Musik, der Literatur, des Theaters, der Wissenschaft und der Technik hier im regen Austausch darbietet und entfaltet.

Schliesslich steht West-Berlin dafür ein, dass die «deutsche Frage» tatsächlich offengehalten wird. Solange West-Berlin besteht, ist die DDR nicht konsolidiert. West-Berlin ist zugleich der «Pfahl im Fleische» westdeutscher Bequemlichkeiten. Ohne die Rücksicht, die die Politik der Bundesrepublik — oft nur widerwillig — auf West-Berlin zu nehmen hat, wäre die deutsche Frage wohl weitgehend vergessen. Die Existenz West-Berlins jedoch zwingt uns dazu, die Aufgabe der Lösung unserer nationalen Frage nicht aus dem Auge zu verlieren und uns bewusstzuhalten, dass es dabei um die Entscheidung geht, unter welcher politischen Verfassung sie zu erstreben ist.

West-Berlin veranschaulicht mit der blossen Existenz eines demokratischen Gemeinwesens, was im Grundgesetz generell festgelegt ist: die enge Zusammengehörigkeit der nationalen Frage mit dem Demokratieprinzip und der Integrationsperspektive. Die blosse Existenz und die symbolische Rolle aber müssen so gut als möglich durch konkrete Politik ausgefüllt werden. Das kann nicht im Alleingang geschehen, sondern stets nur in enger Abstimmung mit der Bundesregierung und den alliierten Schutzmächten.

Die deutsch-deutschen Beziehungen muss West-Berlin der Bundesregierung überlassen. Ihm selbst obliegt lediglich die Pflege kommunaler Kontakte zu Ost-Berlin. In beiden Feldern bedarf es jedoch zwischen dem Senat und der Bundesregierung der rechtzeitigen gemeinsamen Planung aller Schritte zur angemessenen Wahrung der wechselseitigen Interessen.

Entspannung, Koexistenz und Austausch müssten endlich West-Berlin voll einbeziehen. Dann könnte es in mancher Hinsicht zur Drehscheibe dieses Austausches werden, teilweise auch im Zusammenwirken mit Ost-Berlin. Beispielsweise könnten beide Stadthälften zur Stätte besonderer kooperativer Aktivitäten und Institutionen zwischen EG und COMECON, an denen der östlichen Seite gelegen ist, gemacht werden. Auch die KSZE und ihre Nachfolge- bzw. Parallelversammlungen könnten sich auf West- und Ost-Berlin konzentrieren.

Warum eigentlich sind die neugegründete Akademie der Wissenschaften und das noch zu gründende Deutsche Historische Museum nicht von vornherein auf eine transnationale, insbesondere europäische Dimension hin konzipiert worden? Noch könnten sie in dieser Richtung eine der deutschen Wissenschaft wie der deutschen Geschichte angemessene Ausweitung ihres Horizontes erfahren. Es gibt in West-Berlin mit der Europäischen Wirtschaftshochschule einen Vorläufer: sie führt bei ihren Lehr- und Studienaktivitäten Paris, Oxford und West-Berlin zusammen. Die Japaner haben uns ein weiteres Beispiel gegeben: sie gründeten in West-Berlin ein Japanisch-Deutsches Zentrum mit ausdrücklich europäischer Zielsetzung.

Die beste Nahperspektive, die dem Jubeljahr 1987 mitgegeben ist, liegt darin, dass West-Berlin im darauffolgenden Jahr «europäische Kulturstadt» sein wird. Und die sinnfälligsten politischen Zeichen, die zur 750-Jahr-Feier gesetzt und vom überwiegenden Teil der Bevölkerung begrüsst wurden, sind die Besuche der Staatsoberhäupter Frankreichs, Grossbritanniens und der USA in West-Berlin. Sie sind geeignet, die anfänglichen Einladungsirritationen vergessen zu machen und die politischen Perspektiven für die Stadt wieder zurechtzurücken.

Die Stadt muss angesichts ihrer besonderen Lage und Rolle stets von neuem ganz besondere Leistungen hervorbringen. Naturgemäss bleibt sie hinter solchen Anforderungen dann und wann — in Zeiten des Filzes und der Skandale sogar arg — zurück. Dennoch hat sie viel geleistet, nicht zuletzt dank der notwendigen Hilfe von aussen. Sie hat in der Nachkriegszeit nie nur für die eigene Freiheit, sondern für Freiheit in Deutschland und Europa gestanden. Das wird bis zur Erringung freiheitlicher Verhältnisse in ganz Europa und bis zur Verwirklichung eines gesamteuropäischen Zusammenschlusses auch so bleiben. Deshalb kann West-Berlin mit einer gewissen Gelassenheit in die Zukunft blicken.

Alexander Schwan

Nicht zurück, sondern vorwärts nach hinten

Was ist und wie kam es zur Postmoderne?

Von Seelisberg nach Bauen am Urnersee führte vor wenigen Jahren noch ein schöner Fussweg. Nachdem der Autobahntunnel eröffnet war, kam das Begehren, einige in seinem Einzugsgebiet liegende Wegstücke zu asphaltieren: auch abgelegene Bewohner sollten eine Zufahrt zur neuen Verkehrstransversale erhalten. Also geschah es, der Weg wurde verbreitert und geteert. Da es sich aber nur um eine Hinterlandverbindung handelte, blieb die neue Strasse sehr spärlich befahren. Einsam liegt seitdem das geschwärzte Trassee da; Wandergruppen, geprellt um den früheren Weg, quälen sich ab und zu auf ihm vorwärts.

Den neuen Zustand machte sich ein Bauer zunutze. Im Sommer legt er auf die Strasse, warm wie eine Herdplatte, sein Heu zum Trocknen aus. Da steigt dann würziger Alpwiesenduft auf, mitten aus dem Bitumen. Der Automobilist, der über das Halmbett gleitet, lächelt nostalgisch; der Wanderer staunt und sieht sich unvermutet, wenn auch ein wenig ironisch, getröstet.

Dieser Bauer hat nach den Bedürfnissen seines Berufes sehr praktisch gehandelt. Er weiss aber wohl nicht — und braucht es auch nicht zu wissen —, dass er damit zugleich einen postmodernen Akt erster Güte vollzogen hat.

*

Wann eine Epoche aufhört, wann eine andere anfängt, weiss niemand. Dennoch hat sie ihre Begrenzungen: vielleicht in Form einer zeitlichen Schleppstrecke, möglicherweise an einem ganz genauen Punkt. Jedoch, all das erfährt man erst hinterher, und lässt sich da auch nichts beweisen, die Tatsache selbst steht dennoch fest. Entscheidend ist immer, dass den Mitlebenden einer Zeitenwende das Bewusstsein gekommen ist, eine Grenze überschritten zu haben. Äusserlich mag alles noch so weiterlaufen wie bisher: es ändert nichts, der Motor ist weg, wir sind am Ausrollen, und man schaut auf das Geschehen der Gegenwart mit dem Gefühl, eigentlich sei es schon passé.

Seit einigen Jahren — sind es fünf? sind es bereits zehn? — liest man in Zeitungen und Kulturkritiken den Ausdruck «postmodern». Unbeholfenes, verlegenes Wort, schon rein sprachlich — wer in Fremdwörtern naiv genug ist, wird beim ersten Lesen an die Post denken, welche natürlich nicht gemeint ist. An sich ist die lateinische Präposition «post» mit der Bedeutung «nach, hinter» genauso richtig wie «prae», ihr Gegenteil, aber Wörter mit «post-» waren bisher im Deutschen ganz einfach nicht üblich. Warum? Weil wir sie nicht brauchten. Wir waren uns bisher eben nicht gewohnt, *nach* einer Sache, *nach* einer Strömung zu stehen und — zurückzublicken.

Verlegen macht am Ausdruck «postmodern» auch, dass er als Zeitqualifizierung gar nichts Selbständiges aussagt. Er zeigt ja nicht an, was wir nun heute wollen, sondern nur, dass wir etwas hinter uns haben. Nicht nach sei-

nen Absichten benennt sich hier ein neuer Zeitabschnitt — vielleicht haben wir gar keine —, sondern nach einer Erschöpfung, aus der er hervorgeht. Verdutzt bemerken wir, dass die Moderne, gestern noch ein Wort mit gellendem Triumphton, offenbar auf der Strecke geblieben ist. Ein schaler Nachgeschmack bleibt zurück, da und dort lässt sich sogar von einem Katzenjammer reden. Das ist nicht die Stimmungslage für klare Willensäusserungen; was wir verspüren, liegt mehr auf der Zunge oder im Bauch, aber was dort wahrgenommen wird, ist oft gewichtiger als das, was wir mit dem klaren Bewusstsein ergreifen.

*

Ergreifen, packen, etwas analysieren und dann «in den Griff bekommen» — gerade das waren ja Grundzüge der Moderne. Ansonsten: der Begriff Moderne ist zu weitläufig, um ihn über einen Leisten zu schlagen, und auch bei ihr gibt es eine Grenzproblematik. Die Historiker, seit jeher als Sachverständige in solchen Fragen angerufen, lassen die moderne Zeit teils schon 1789, teils erst 1914, 1917 oder noch später beginnen. Danach haben, im weitgefassten Rahmen der letzten zweihundert Jahre betrachtet, die Entwicklungsstationen Freiheit, Gleichheit, industrielle und technische Revolution, Triumph der Wissenschaft und Herrschaft der Massen die Welt zur «modernen» gemacht. Das ist in etwa der rote Faden der Geschichte, und die gemeinsamen Nenner dabei könnte man «Versicherung» und «Verfügung» nennen. So weit so gut, wenn wir einmal bei der pauschalen Betrachtungsweise bleiben — es fragt sich nur, ob diese Schau der Moderne nicht bloss die an der staatlich-gesellschaftlichen Oberfläche liegende Seite erfasst.

Ein deutscher Geisteswissenschaftler, der den Kern der Moderne zu fassen versuchte, machte es anders, er schaute von unten in die Zeit hinein und sagte: von 1905 bis 1911 dauerte das Auftauchen der Moderne, dann war sie da. Heissen sollte das: 1905 stellte Albert Einstein seine spezielle Relativitätstheorie auf, und während er an ihr weitertüftelte, erschien vom Russen Vladimir Kandinsky die Schrift «Über das Geistige in der Kunst». Dem Physiker und Künstler war gemeinsam, dass sie sich von Harmonie- und Ganzheitsvorstellungen, sei es der Natur oder des Menschenbildes, losrissen. Die klassischen Naturgesetze waren in Frage gestellt, das konkrete Gesicht von Mensch und Objekt zerfiel, die abstrakte Kunst setzte ein. Bruch und Unstetigkeit wurden die neuen Verlässlichkeiten.

War das nun nicht ein Widerspruch zur uns geläufigen Haltung der Moderne, alles in den Griff zu bekommen, sich durch Versicherungen aller Art auf ein Ideal des Fortschritts auszurichten? Wahrscheinlich nicht — aber erst die Postmoderne kann uns das denken oder fühlen lassen: im Rückblick wird es ihr vielleicht gelingen, an der polyphon brausenden Musik der Moderne jene Leittöne herauszuhören, an denen sich das Orchester unbewusst orientiert hat. Wir gleichen dabei einem Mann vor dem Katerfrühstück, der seine Schläfen drückt und sich fragt: was habe ich gestern eigentlich alles eingenommen?

*

Vielleicht hat auch die Postmoderne ihr bestimmtes Anfangsjahr, und span-

nend müsste es sein, es aufzufinden. Aber da die Zeit so jung ist und wir als Verdutzte mitten drin, wäre eine rein akademische Untersuchung allzu theoretisch. Es ist ja auch so, dass die eben berührten Grossräume der Moderne für unser neues Lebensgefühl zu weit entfernt sind: sie liegen nicht in unserem Erlebnishorizont. Wirklich erlebte (und nun auch überwundene) Moderne gibt es, zumindestens für Europa, erst nach dem Zweiten Weltkrieg; erst in den Jahrzehnten danach erfasste sie die Lebensbedingungen der Massen bis an den entlegensten Punkt.

Allen Entwicklungen seither sind gemeinsam die Wörter Steigung und Steigerung, und ihr geometrisches Symbol ist die gerichtete Linie, der Pfeil. Die Zeit gleicht einem Auto, das nach gemächlichem Start auf einer Strasse zunehmend beschleunigt: man hört das Anschwellen der Tourenzahlen, das Einlegen der Gänge und das ihm folgende zerrende Geräusch des Gasimpulses. Ein unbeteiligter Zuschauer im Gelände empfindet bei dieser Steigerung voraus, dass sie später in eine Senkung übergehen wird; denn immer ist irgendwo eine Kurve. Auch der Fahrer muss das wissen, auch, dass das Schalten nach oben aus maschinellen Gründen seine Grenzen hat, aber gerade das möchte er ausprobieren und überlässt sich dem Kick der Geschwindigkeit. Es kümmert ihn noch nicht, ob er dann, wenn es soweit ist, nicht ein wenig enttäuscht sein wird.

*

Die fünfziger Jahre begannen in einer Atmosphäre vorsichtiger Starrheit. Man stand noch im Schatten des «grossen Weltgeschehens», über das man bei uns, den nicht betroffenen Schweizern, in denkwürdig-schwerem Ton sprach. Mürrisch und statisch waren die Feindseligkeiten der Blöcke: ihr Krieg wurde «kalter», der Vorhang zwischen ihnen «eiserner» genannt. Die Schweizer Mittellanddörfer lagen noch ziemlich am Haufen, umringt von Obstbäumen, ihr Weichbild war etwa das gleiche wie hundert Jahre zuvor. Die Arbeiter fuhren mit Hosenklammern auf schwarzen Rücktrittvelos zur Fabrik; die Buben waren kurzhaarig und gescheitelt, wenn es hochkam trugen sie «Röhrlihosen», was schon fast gefährlich war. In den Alpen lagen die Skirummelplätze von morgen noch verschlafen unter dem bläulichen Rauch der Holzfeuerungen; die späteren Barbesitzer gingen im Winter mit einer schwarzen Zipfelkappe in den Wald, um zu holzen. Als am Ende des Jahrzehnts die erste schweizerische Boulevardzeitung erschien, herrschte landesweit eine moralische Empörung, die uns heute fast unbegreiflich vorkommt.

Etwa dann setzte der Spurt ein. Innert anderthalb Jahrzehnten wuchsen auf Kuhwiesen kleine Manhattans, aus Bauerndörfern wurden Satellitenstädte. Auf Glanzpapier flatterten Firmenbroschüren ins Haus, die rituell Umsatzsteigerungen meldeten; ein Jahr ohne Zusatzraten wäre ein Schadenfall gewesen. Der Lebenskomfort wurde allgemein, wer gestern noch «wertkonservativ» gegen ein Auto war, besass morgen zwei. Die Zeit war eine steile Treppe, jedes Jahr ein Tritt, und wahrscheinlich war unterschwellig klar, dass oben ein Dachbalken sein würde. Die Reklame machte sich breit, anfangs noch klotzig, später ironisch, noch später, in Sätzen wie «take it leasy», die beliebt gewordene Sprachblödelei aufnehmend (doch dannzumal war der

moderne Ziel- und Greifgedanke schon in der Krise). Zu den Sechzigern gehörte der Vietnamkrieg, auch er ein Versuch, etwas in den Griff zu bekommen. Und zu ihnen gehörte notabene die Studentenrevolte: sie nahm die «Gesellschaft» wie ein Objekt ins Visier, um sie effektgerichtet, also auf modernistische Art zu verändern; die Teleologie des marxistischen Denkens kam ihr entgegen, die Zukunft war — «im Prinzip» — konstruierbar, noch niemand sagte: no future.

*

Kurz nach 1970 stellte sich atmosphärischer Missmut ein. Das Wort «Umwelt» kam auf, meistens verwendet mit leicht pädagogischer Drohgebärde. Ebenso beflissen wandte man sich vom «Leben» ab und dem «Überleben» zu: der Eifer dabei war noch modern, der Gehalt zeigte erzwungene Bescheidenheit an. (Später schlich sich das neue Wort «Frust» in die Redaktion des Duden ein). 1973 kommt als Erstkandidat für die postmoderne Wende in Frage: Nachdem die arabische Ölsperre autofreie Sonntage erzwungen hatte, erlebten Spaziergänger auf unseren Stadtautobahnen die ersten nicht mehr ganz modernen Gefühle. Ein Jahr später sprach alles von Rezession, die Wirtschaftskommentare jammerten, täglich sondierten die Medien im plötzlichen Nebel der Entwicklung, ob die «Talsohle» schon erreicht sei. Zwischen den Zeilen stand aber auch der Satz: klar, dass das mal kommen musste.

1975 fiel Saigon und wurde zu Ho-Chi-Minh-Stadt; ein effektbesessener Draufgängerkrieg endete im Cafard. Seltsam war 1977 das langsame röchelnde Sterben des spanischen Diktators Franco: thematisch hier kaum am Platz, hat es doch, als weltweit beobachtete Zögerungsdemonstration, die Zeit gefärbt. In jenem Jahrfünft wurde der deutsche Dramatiker Botho Strauss bekannt und offen als Postmoderner bezeichnet; er zeigte Reserve gegenüber dem Prinzip des politisch-gesellschaftlichen Engagements. Das aktivistische Progress-Denken war in eine Schütterzone geraten. Auch Peter Handke, der 1966 äusserst engagiert begonnen hatte, wurde nun ein Gewandelter: er wandte sich der mystisch gefärbten Kunst Cézannes zu. In der Literatur allgemein kamen autobiographische Stoffe in Schwang, die Beschreibung fern zurückliegender Kindheiten. Als rückwärtsgewandte Literatur war das nicht gemeint, aber es verriet doch ein eigentümliches Zögern davor, den Stoff in der unmittelbaren Gegenwart zu nehmen. Es spiegelte sich darin eine Art psychoanalytisches Bedürfnis, Früherem nachzuspüren, das nicht verdaut war: Anzeichen für eine Wendezeit.

Nach 1980 etablierte sich das postmoderne Bewusstsein auch ausserhalb der Avantgarde. Allzu bekannt sind die Stationen seither geworden, um näher erörtert zu werden: Waldsterben, Reaktorangst, Ressourcenschädigung dämpften das Vertrauen in den linear gedachten Fortschritt. Das vergangene Jahr 1986 schlug durch seine spektakulären Vorfälle die Nägel der neuen Epoche sinnfällig fest: Challenger-Katastrophe, Tschernobyl, Sandoz-Unfall. Gewiss, diese Ereignisse lagen nur zufällig im gleichen Jahr, und sie wären auch ein Jahrzehnt früher denkbar gewesen. Aber auch die sogenannten Zufälle verschaffen sich im Gewebe einer Zeit ihren eigenen Sinn.

*

Was ist sie nun, diese Postmoderne? Das Auto, von dem ich oben symbolweise sprach, ist nicht etwa, wie man hätte meinen können, verunfallt: es ist nur in die Kurve gegangen. Das soll heissen: die verbreiteten Katastrophentheorien — fern davon, nur dumm und oberflächlich zu sein— sind zwar ein Beschäftigungsthema des postmodernen Lebensgefühls, aber nicht seine Triebfeder. Katastrophentheorien, da in ihnen ein Motiv von Konsequenz- und Abrechnungsdenken steckt, sind letztlich vom gleichen linearen Geist wie die Moderne selbst, nur umgekehrt in der Richtung; mithin gehören sie als antimoderne Variante zur verflossenen Epoche. Denn alles, was «anti» ist, ist mit dem «pro» mehr verwandt, als jenes dritte, achselzuckende Verhalten, das sich dem Dualismus entzieht, und gerade ein solches Verhalten zeichnet die Postmoderne aus. Sie ist weder optimistisch noch pessimitisch. Gewiss, sie lebt mit den Katastrophentheorien und kann nicht anders, aber eben, sie lebt, und ist dabei, vielleicht zu ihrem Glück, zur Erwartungslosigkeit gezwungen.

Und an diesem Punkt kommt der sonderbare Zug der Postmoderne zum Vorschein, dass sie mit ihrer Vorgängerin in keiner Weise aufräumt, sondern diese auf sich beruhen und wie aus Appetitlosigkeit liegen lässt, wodurch die Moderne ihren Elan verloren hat. Der Vorgang, das ist klar, ist nicht ohne Ironie. Der Epochenwandel gleicht demjenigen zwischen Spätantike und Frühmittelalter, wo die römischen Monumente auch nicht abgebrochen, sondern als Trümmerblöcke zwischen den fränkischen Gutshöfen, umgeben von Hühnergegacker, liegen gelassen wurden. Die Grenze zwischen Gestern und Heute ist kein Schnitt, sie gleicht eher einem ausgerissenen Stoffband. In Basel, Zürich und anderswo wurden im letzten Jahrzehnt die sogenannten Wohnstrassen — man bedenke den Widerspruch im Wort — eingerichtet, auf denen die Autos, Symbole der Rasanz, zwar quergestellt, aber verbleiben dürfen, und dazwischen stehen Bänke auf der früheren Fahrbahn und die Kinder spielen Fresbee. Ähnlich ironisch, wenn der Blick nicht täuscht, steht es mit anderen, weiterlaufenden Tendenzen der Moderne. Scheinbar im Widerspruch zum Ausgeführten steht ja die Computertechnik, Symbol höchster Effizienz, die sich erst in postmoderner Zeit so richtig etabliert. Aber sonderbar — immer wenn man mit Benutzern dieser Technologie ins Gespräch kommt, wollen sie sich ungeheissen zuerst einmal entschuldigen. Die neue Zeit hat ihre Zähnchen, die knabbern an jedem. Bei der Verbreitung der letzten technischen Massen-Innovation vor 25 Jahren, dem Fernsehen, gab es diese Zweifel nicht.

*

Formen und Symbole sind es, die die tiefere Wahrheit aller Verhältnisse bildhaft darlegen. Ergab sich bei der zurückliegenden Moderne, für ihr Prinzip des Vorwärtskommens, das Symbol des Pfeils, so müssen wir fragen, welches nun der Postmoderne adäquat ist. Es ist die Geste der Rundung, des Halbkreises, und das Prinzip der Zielgeraden ist bei ihr zerdehnt zur Fläche. Es ist nicht zufällig, dass solche Formelemente in der postmodernen Architektur vermehrt auftreten, wie man sie etwa an berühmt gewordenen Bauschöpfungen im Tessin beobachten kann. Die postmoderne Architektur durchkreuzt die modernistische Glei-

chung Form = Funktion; sie schafft Schulhäuser, Schwimmbäder, Kongressgebäude, die in Einzelteilen, etwa atriumsähnlichen Innenhallen, bauchigen Apsiden und geheimnisvoller Dekorpracht, das Auge verwirren und vage an die Antike oder an den Barock erinnern. «Was soll das?» fragt da kopfschüttelnd der funktionsbewusste Modernist, und sucht vergebens nach dem geliebten Utilitätsprinzip.

Eine ähnliche Funktionsentwertung findet, wie oben schon angedeutet, seit Jahren im innerstädtischen Verkehr statt. Durchaus als Folge der modernen Leistungssteigerung, haben sich verkehrserschwerende Massnahmen ergeben, durch welche die Strassen nicht mehr nur, wie seit Jahrtausenden, Verbindungsmittel sind, sondern eher Brems- und Verzögerungsmittel. Schwellenaufbauten, Zickzackparking, eingelegte halmabrettartige Zwischenplätze mit vorgerückten Papierkörben, die den Autofahrer zum Ausweichen zwingen, brechen das alte Achsenprinzip der Strasse. Schon lange eingeübt ist das Einbahn- und Umwegfahren in den Quartieren, bei welchem die Himmelsrichtungen der Bewegung im Vier- und Vieleck labyrinthisch vertauscht werden. All das ist wie eine Verulkung des modernen Mobilitätsglaubens.

*

Ihr Formsymbol hat schliesslich auch die postmoderne Weltanschauung als Ganzes. Gibt es diese überhaupt, lässt sie sich irgendwo fassen? Ja, es ist die vielgenannte grüne Bewegung, rassenreines Kind der Postmoderne. Sie ist, man beachte dieses Detail, mehr Welle und Bewegung als Partei; darum zögern diese Bunten vielerorts, das Wort «Partei» in ihren Namen aufzunehmen. Parteien folgen, ob sie es wissen oder nicht, einem diskursiven Programmdenken, das vom ordnenden Verstand ausgeht; Bewegungen nicht, sie sind eher physikalischer Natur, und statt die Verhältnisse in den Griff zu nehmen, fühlen sich ihre Vertreter selber in den Griff genommen. Darum sind sie so schwer zu fassen: ihr Weltbild liegt eben nicht auf einem Messband, das sich von «links» nach «rechts» erstreckt: vielmehr ist es gekrümmt, hat quasi Kugelgestalt. Deshalb kann, wer grün ist, rotgrün sein, grüngrün oder braungrün, und ist dennoch, ungeachtet aller Differenzen unter den Fraktionen, durch dasselbe Prinzip getrieben. Noch nie gab es eine politische Anschauung, bei der sich Linke wie Rechte, mit verdutztem Stirnrunzeln natürlich, so sehr unter dem gleichen Dach finden können wie die Grünen. Man ist berechtigt, das abstrus zu finden, sofern man sich sagen lässt, dass man dann (noch) modern denkt.

*

Eine Krümmung, eine Kugel. Jedem ist bekannt, was geschieht, wenn einer auf einer Kugel — es kann auch, warum nicht, die Erdkugel sein — vorwärts, immer vorwärts marschiert. Dass er dann eines Tages im Rücken des Ausgangspunktes steht, bedeutet nicht, dass er sich rückwärts orientiert hat, genau genommen kann man nicht einmal sagen, er habe sich wiederholt. In der Geschichte, das gilt für alle Epochen, gibt es nie ein Zurück, und keiner steigt bekanntlich zweimal in denselben Fluss. Und doch sieht man jetzt, dass die Wörtchen «vorwärts» und «rückwärts» in der Gegenwart ihren antithetischen Sinn verloren haben.

Postmodern, wie wir geworden sind, gehen wir wie zu allen Zeiten Schritt für Schritt in die Zukunft; es darf uns nur nicht wundern, wenn wir dabei Zustände antreffen oder selbst schaffen, die manchmal geradezu «prämodern» anmuten. Und manchmal haben diese, zum Trost in einer sonst düsteren Zeit, eine unfreiwillige Komik und Heiterkeit an sich, wie jener Strassenheuet des Bauern von Seelisberg.

Andreas Blocher

Die ATAG-Gruppe

Wirtschaftsprüfung
Wirtschaftsberatung
Wirtschaftsinformation

ATAG
Allgemeine Treuhand AG
MITGLIED VON ARTHUR YOUNG INTERNATIONAL